

Es wird einfach mehr miteinander geredet

Auf den Spuren des „non-territorialen Arbeitsplatzes“

Von Michael Walkötter

‘s-hertogenbosch/Recklinghausen. Kirsten Willunat (33) vermisst ihren eigenen Schreibtisch nun nicht mehr. Als Expertin für Citymarketing und Tourismus ist sie ohnehin viel unterwegs. „Aber ich empfind es schon als gewöhnungsbedürftig“, gibt die junge Frau zu, die erst seit drei Monaten in der Kommunalverwaltung der niederländischen Stadt ‘s-Hertogenbosch arbeitet.

Was Leute wie Kirsten Willunat zu berichten haben, interessiert im 175 Kilometer entfernten **Recklinghausen** die Beamten und Angestellten der Kreisverwaltung ganz besonders. Denn im Kreishaus soll der „non-territoriale Büroarbeitsplatz“ Einzug halten; ein Konzept, das in der Hauptstadt der niederländischen Provinz Nordbrabant seit sieben Jahren praktiziert wird.

In ‘s-Hertogenbosch haben selbst die fünf Abteilungsleiter kein eigenes Büro mehr. Für 1 100 Verwaltungsbeschäftigte gibt es nur 750 Arbeitsplätze. Wer zum Dienst erscheint, holt seine persönlichen Sachen aus dem Schließfach, schnappt sich das ihm zugeordnete Mobiltelefon, sucht sich einen Schreibtisch und loggt sich in den dortigen PC ein. Und der Arbeitstag kann beginnen. „70 Prozent der Mitarbeiter, das haben Umfragen gezeigt, sind mit diesem Konzept zufrieden“, sagt Kirsten Willunat. Auch der Krankenstand sei gesunken. Die Zahl der Arbeitsplätze reicht aus, weil ohnehin immer nur ein Teil der Beschäftigten im Stadskantoor anwesend ist. Urlaub, Teil- sowie Gleitzeit und Außentermine sorgen für eine deutliche personelle Entzerrung.

In ‘s-Hertogenbosch (140 000 Einwohner) haben sich Politik und Verwaltung auf das platzsparende Modell geeinigt, um die in der Stadt verteilten acht Verwaltungsstandorte auf eine Dienststelle im Zentrum konzentrieren zu können. In Recklinghausen ist ein dringender Sanierungsbedarf für das Kreishaus der Auslöser für konzeptionelle Überlegungen gewesen. Und natürlich geht es dabei auch ums Geld. Geld, das man zunächst investieren, später aber einsparen möchte. „Eine nachhaltige Kostensenkung funktioniert nur über eine Flächenreduzierung“, ist **Landrat Cay Süberkrüb** (SPD) überzeugt. Ziel des Kreises sei es deshalb, im Kreishaus Platz zu schaffen für bislang ausgelagerte Dienststellen wie das Straßenverkehrsamt oder die Erziehungsberatung. Die frei werdenden Immobilien könnten dann aufgegeben und vermarktet werden. Am Montag (5. Juli) soll der

Kreistag den Startschuss für Sanierung und Umorganisation geben. „Dann fängt auch die Mitarbeiterbeteiligung an“, sagt Projektleiter Thomas Lorenz. Das Konzept müsse schließlich von den 1 400 Beschäftigten der Kreisverwaltung mitgetragen werden.

Doch bislang überwiegt Skepsis. Personalratsvorsitzender Wilhelm Neurohr: „Viele Mitarbeiter sind beunruhigt, der Informationsbedarf ist riesig.“ Neurohr gehörte in dieser Woche zu einer Delegation aus Kreispolitik und Kreisverwaltung, die sich im Stadskantoor ‘s-Hertogenbosch auf die Spur des non-territorialen Arbeitsplatzes begeben hat. Grundsätzlich sei der Personalrat für Veränderungen dieser Art offen, sagt er. Aber was er in Holland gesehen hat, überzeugt ihn noch nicht. „Die Mitarbeiterzonen haben zu sehr den Charakter von Großraumbüros“, stellt Neurohr fest. Die Umorganisation der Kreisverwaltung dürfe nicht nur eine Sparlösung sein, mahnt er. „Die Mitarbeiter müssen auch Vorteile für sich erkennen.“

In der Stadtverwaltung von ‘s-Hertogenbosch habe in den letzten sieben Jahren eine völlig neue Kultur Einzug gehalten, berichtet unterdessen Marketing-Frau Kirsten Willunat. „Die Mitarbeiter reden einfach viel mehr miteinander. Und man lernt ganz schnell viele Leute kennen.“